

Werner J. Patzelt

Was ist PEGIDA – in Dresden und anderswo?

Vortrag auf den 19. Karlsruher Gesprächen, 28. Februar 2015

„Global DemocraCities zwischen Triumph und Niedergang“

(= stark gekürzte Fassung eines gemeinsam mit Dr. Joachim Klose verfassten Publikationsmanuskripts)

Was war – oder ist weiterhin – jene Dresdner PEGIDA-Bewegung, die so großen Zulauf, auch so viele Ableger bis in andere Länder fand? Wird in ihr wohl etwas sichtbar, was den Dresdner Fall übersteigt, ja was vielleicht ein allgemeines Problem von Städten in einer globalen Migrationsgesellschaft sein mag?

I. Das Phänomen

Ausgelöst wurden die seit dem 20. Oktober 2014 stattfindenden „Abendspaziergänge“ durch die Dresdner Innenstadt recht zufällig. Auf einer Solidaritätskundgebung für die in Deutschland verbotene Arbeiterpartei Kurdistans und für deren bewaffneten Kampf gegen den „Islamischen Staat“ wurde in Dresden Geld gesammelt. Mit solchem „Import“ nahöstlicher bzw. – wie es den späteren PEGIDA-Organisatoren erschien – innerislamischer Konflikte nach Deutschland wollten sich die Mitglieder einer Facebook-Gruppe nicht abfinden. Die in den Monaten vorher fühlbar gewachsene Anzahl von in Deutschland aufzunehmenden Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern, immer häufiger aus islamischen Kulturkreisen stammend, motivierte erst recht, vom virtuellen Raum sozialer Netzwerke in den realen Raum der Dresdner Innenstadt überzuwechseln.

Aus dem ersten „Spaziergang“ mit 350 Teilnehmern wurde eine periodische Demonstration, die immer mehr Leute anzog und mit wohl 25.000 Teilnehmern am 12. Januar 2015 ihren Höhepunkt erreichte. Wider breites Erwarten mobilisierte PEGIDA auch nach der Spaltung der Organisatorengruppe weiterhin Tausende. Obendrein fanden die Dresdner PEGIDA-Demonstrationen Nachahmer in etlichen anderen Städten sowie hype-artige Medienaufmerksamkeit. Warum kam das so?

II. Woher kam die Dresdner und deutschlandweite Dynamik?

Einesteils sind da objektive Probleme unseres Landes. Dieses muss – aufgrund seiner Bevölkerungsentwicklung – eine Einwanderungsgesellschaft sein. Es will das inzwischen auch. Deutschland verfolgt aber keine klare Einwanderungs- und Integrationspolitik. Das erzeugt erhebliche Anschlussprobleme.

Andernteils zeigen PEGIDAS immer wieder ums Einwanderungs- und Integrationsthema herum erhobenen Forderungen, reichend von der Einführung von Volksabstimmungen im Bund bis hin zu einer russlandfreundlichen Außenpolitik, dass die im Namen „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ angezeigten Anliegen eher den Anlass als die tiefsten Ursachen dieser mobilisierungskräftigen Demonstrationen ausdrücken.

Tatsächlich scheint das Asyl- bzw. Islamthema nur eine Art Brandbeschleuniger für einen seit 1989 schwelenden innerdeutschen Kulturkonflikt zu sein. Im Grunde bestätigte doch jene „Xenophobie samt Islamfeindschaft“, die so vielen das Kernmotiv von PEGIDA zu sein schien, einfach alle Vorurteile, die man gemeinhin über die Neuen Bundesländer hegt: Die Werte der Demokratie sind dort nicht verwurzelt; ein großer Teil der Bevölkerung hat extreme und rassistische Einstellungen; die Leute sind undankbar, ungebildet und grob. Immer noch in einer Art „Tal der Ahnungslosen“ lebend, beklagen sie sich über Islamisierung in einem Landesteil fast ohne Muslime; nennen sie Politiker „Volksverräter“, die ihnen so schöne Städte und so gute Straßen beschert haben; und sie beschimpfen Medien als „Lügenpresse“, die ihnen doch nur aufklärerisch zeigen wollen, wer sie wirklich sind: dumme Osis, die nicht zur offenen, modernen Gesellschaft (West-) Deutschlands passen und weltweit unser Land in Verruf bringen.

Tatsächlich aber versammelten sich bei den Dresdner PEGIDA-Demonstrationen, beurteilt nach Einkommen und Ausbildung, Leute aus der Mitte der Gesellschaft, überwiegend mittleren Lebensalters, zu 80 Prozent Männer, osttypisch zu fast drei Vierteln konfessionslos. Von den etablierten Parteien sind die Demonstranten enttäuscht und stufen sich politisch meist von der rechten Mitte bis zum rechten Rand ein. Rechtsradikale sind unter ihnen, prägten aber umso weniger das Bild, je mehr Tausende – einst über 20.000 – auf die Straße gingen.

So zusammengesetzt, fühlte sich die Mehrzahl der Dresdner Demonstranten von den Medien, von den meisten Kommentatoren und erst recht von ihren Gegnern

missverstanden. Die ihnen zugeschriebene allgemeine Ausländerfeindlichkeit weisen sie weiterhin zurück; doch Asylbewerber ohne Chance auf Anerkennung, aber mit faktischem Verbleib in Deutschland (von ihnen „Wirtschaftsflüchtlinge“ genannt), mögen sie wirklich nicht. Und den Islam können sie sich so gut wie gar nicht in einer zu Deutschland passenden Form vorstellen. Zwar scheinen nicht wenige Demonstranten sich zwischen rechtspopulistischen Organisatoren und rechtsnationalen, xenophoben, islamablehnenden Mitdemonstranten wie in einem Schraubstock zu fühlen. Dennoch kommen weiterhin Montag für Montag Tausende zu den „Abendspaziergängen“.

Eines der Motive dafür kann man „trotzige Solidarität“ nennen. Ein weiteres Motiv ist das Verlangen nach jenem Gemeinschaftserlebnis, das die sonst ohne sonderliches Echo bleibende Rechte in Deutschland erst wieder auf den Dresdner PEGIDA-Demonstrationen genießen kann. Eben dieses Gemeinschaftserlebnis verdichtet sich immer wieder im Ruf „Wir sind das Volk!“. Solche Selbstbestätigung stärkt dann auch den Glauben vieler Demonstranten, als Masse sowie auf der Straße würde man endlich für politische Positionen Gehör finden, welche sonst durch die Filter politischer Korrektheit vom öffentlichen Diskurs ferngehalten werden. Insofern hat gerade die schroffe Ablehnung und Ausgrenzung, auf die PEGIDA seitens von Massenmedien, Politikern und Gegendemonstranten traf, eher zum Wachstum als zur Schwächung des PEGIDA-Phänomens beigetragen.

Und das erschließt nun auch, warum gerade Dresden zum Brennpunkt eines um PEGIDA herum ausgetragenen Kulturkonflikts werden konnte. Erstens hat diese Stadt bei der Rückeroberung des Gedenkens an ihre Zerstörung aus der Besetzung durch Rechtsextremisten ein besonders sensibles Anti-Rechts-Netzwerk entwickelt. Natürlich sprang es auf PEGIDA sofort an, attackierte diesmal aber – statt bloßer Neonazis – auch mehr und mehr normale Leute und erzeugte so als Gegenreaktion weiteren Zulauf. Zweitens brauchte es schon eine Großstadt, damit aus den zufälligen Anfängen PEGIDAS ein Massenphänomen werden konnte. Und weil – drittens – Sorge um die Zukunft unserer Einwanderungsgesellschaft hierzulande als eine Zwangsvorstellung von Konservativen gilt, konnte nur in einer Stadt mit konservativer Grundstimmung die Verbindung von Asyl- und Islamisierungsthematik eine so große Wirkung entfalten. Außer Dresden wird man in Ostdeutschland nun aber keine eher konservative Großstadt finden. Deshalb zündete PEGIDA auch nur in Dresden so

richtig, nicht aber in Leipzig – oder gar im Westen.

Was aber sind die speziell ostdeutschen Tiefenschichten des PEGIDA-Phänomens? Mindestens vier sind zu betrachten.

III. Tiefenschichten des PEGIDA-Phänomens

1. Ohnmachtsempfindungen

Viele Bürger meinen, keinen Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben – oder gar Grundlegendes durch Wahlen ändern zu können. Eben deshalb ist es populär, nun auch Volksabstimmungen zu fordern. Außerdem weckt die Erinnerung an das politische Hochfest der Revolution von 1989 illusorische Hoffnungen auf ähnliche Wirkungen von heutigen Demonstrationen.

Für das Verstehen des PEGIDA-Phänomens reicht es aber keineswegs aus, solche Gleichsetzungen der Umstände heutiger Demokratie mit denen der früheren Diktatur wie ein „Paradox“ zu behandeln. Vielmehr muss man nachwirkende DDR-Prägungen bedenken, zumal die DDR-typische Trennung von Privatem und Öffentlichem. Sie führte unter anderem zur Empfindung, Demokratie sei im Wesentlichen, dass die Regierenden genau das tun, was einem selbst passt.

Genau das wirkt bis heute nach. „Der Staat müsste doch...“ – so beginnen viele Vorwürfe an Politiker im Osten wie im Westen. Im Denk- und Verhaltensmuster von PEGIDA-Anhängern zeigt sich das so: „Wir Bürger haben ein Problem, nämlich mit der drohenden Überfremdung unseres Landes. Ihr Politiker seid an diesem Problem schuld. Ihr ignoriert es aber, geht es jedenfalls nicht an. Und dagegen demonstrieren wir jetzt auf der Straße!“ Im Grunde verlangt PEGIDA von der Politik ein Sich-Kümmern um solche Probleme, die man selbst als bedrohlich empfindet, von der politischen Klasse aber wegdiskutiert oder kleingeredet fühlt. Und eine solche Kluft zwischen eigenen Wünschen und Politikerreaktionen erachtet man als „undemokratisch“.

Die politische Klasse wiederum verweist auf parlamentarische Mehrheiten sowie auf jene frei getroffenen Wahlentscheidungen, die zu solchen Mehrheiten führten. Nicht gern aber mögen Politiker öffentlich in Erwägung ziehen, dass ihr eigenes Politik- und Personalangebot womöglich an den Wünschen vieler Wähler vorbeizieht, was diese entweder in die Wahlenthaltung oder zum Votieren für Protestparteien treibt. Für beide Reaktionen werden jene Bürger, die den

etablierten Parteien gekündigt haben, dann von denselben Politikern kritisiert, die solche Reaktionen überhaupt erst hervorgerufen haben. Und so entsteht eine wechselseitig verursachte Entfremdungs- und Empörungsspirale.

Genau in diese Stimmungslage hinein wirkt nun die Erinnerung an die Friedliche Revolution: Damals gelang es, die Politiker zur Kenntnisnahme nicht nur ihrer eigenen, sondern auch der im Volk empfundenen Interessen zu zwingen. So möge es wieder sein – dass ist die Hoffnung hinter dem Ruf „Wir sind das Volk“.

2. Veränderungssängste

In der Tiefenschicht des PEGIDA-Phänomens findet sich ferner vielerlei Angst vor jenen Veränderungen, die unweigerlich auf unsere Einwanderungsgesellschaft zukommen. Sie werden als drohender Verlust von Beheimatung im eigenen Land empfunden. Dieses Gefühl, oft vorschnell als „Rassismus“ etikettiert, ist in Ostdeutschland besonders stark. Einesteils ist dort, nach einem über zwanzigjährigen Transformationsprozess, die Gesellschaft gerade erst wieder zur Ruhe gekommen. Das löst nicht gerade Freude aus, wenn ein weiterer Veränderungsschub in Aussicht steht. Andernteils wirkt manches nun Anstehende auf viele Ostdeutsche wie ein „déjà vu“ – nur dass man den gesellschaftlichen Wandel diesmal nicht selbst durch freie Wahlen herbeigeführt hat, sondern ihn wie von westdeutschen Elitegruppen über sich verhängt empfindet. Hinzu kommt, dass die Ostdeutschen den alltäglichen Umgang mit Fremden zu DDR-Zeiten nie einüben konnten.

Tatsächlich bedeutete das Ende der DDR für deren Bürger einen wirklichen Heimatverlust. Und zur prägenden Erfahrung wurde obendrein, dass man seine Heimat verlor, ohne sie je zu verlassen. Es reichte, dass sich die Umwelt weit über eigene Anpassungswünsche hinaus veränderte – und man sich angesichts dessen machtlos vorkam. Das gleiche befürchten viele PEGIDA-Anhänger nun als Folge passiv hingenommener Einwanderung, zumal aus moslemischen Kulturkreisen. Als deren Konsequenz sehen sie eine – „Islamisierung“ genannte – Veränderung bislang selbstverständlicher und gerne aufrechterhaltener Kulturmuster voraus. Eben das möchten sie von der Politik schon vorsorglich abgewendet wissen.

Dass auf derlei Ängste kaum anders reagiert wurde als mit Spott über Ausländer- und Islamfurcht dort, wo es kaum Ausländer und Muslime gäbe, erzeugte tiefe

Kränkungen. Sie wurden nur von jenen Verletzungen übertroffen, welche die Etikettierung von solcherlei Zukunftssorgen als „Rassismus“ bewirkte. Demonstrantenrufe wie „Lügenpresse“ oder „Volksverräter“ waren hilflose Reaktionen darauf.

3. „Islamfeindlichkeit“ als „religiöse Unmusikalität“

Drittens äußert sich in PEGIDAS sogenannter „Islamfeindlichkeit“ im Grunde das, was Jürgen Habermas einst „religiöse Unmusikalität“ nannte. Der SED-Staat hatte es erfolgreich darauf angelegt, dass in der DDR Religiosität schwand. Religion wurde so zu einem allenfalls von außen her erkannten, doch nicht länger von innen her verstandenen „Gefühl“ oder „Sachverhalt“. Wer aber selbst keine ihn bereichernden religiösen Erfahrungen hat, der nimmt Religion leicht überhaupt für eine Feindin von Vernunft und Modernität. Breitet sich dann Religion neu aus, oder tut das gar eine neue Religion, so erlebt man derlei wie einen soziokulturellen, gesellschaftlichen und – vor allem – politischen Rückschritt. Dann kann es wie eine Bürgerpflicht wirken, sich gegen ihn zu wehren.

Genau das ist der zentrale Deutungsschlüssel zum Verständnis der „Islamfeindlichkeit“ von PEGIDA. Durchaus nährt sie sich nicht aus einer besonderen Zuneigung zur „jüdisch-christlichen Abendlandkultur“. Was als Islamfeindlichkeit aufscheint, ist vielmehr Religionsverachtung schlechthin. Sie trifft das Christentum nur deshalb nicht, weil es in Ostdeutschland ohnehin keine fühlbaren gesellschaftsprägenden Gestaltungsansprüche mehr erhebt.

Anders der Islam. Jener Islam, der es in die Medien schafft, ist in der Regel hässlich und abschreckend wie Boko Haram oder der Islamische Staat. Verständlicherweise wünscht ihn sich kaum jemand für Deutschland. Hingegen ist der Islam vieler muslimischer Einwanderer für diese eine Art „transportable Heimat“. Sie wird umso wichtiger, je ferner man seiner ursprünglichen Heimat lebt. Solche Religion wird dann auch ernstgenommen – und will ebenfalls von anderen ernstgenommen werden. Deshalb hat der Islam für viele Migranten einen sehr anderen, sehr viel wichtigeren „Sitz im Leben“, als ihn bei den meisten Deutschen das Christentum hat.

Wer nun „religiös unmusikalisch“ ist, wie das aufgrund ihrer biographischen Prägungen die allermeisten Ostdeutschen sind, der versteht dann eben auch

nichts von der inneren Anziehungskraft des Islam, von seinen seelischen Tröstungen gerade für Menschen, die fortan in einer anders geprägten Kultur leben. Leicht nimmt er dann die ihm bekannten, auch schrecklichen Ausprägungen des Islam für dessen Ganzes – und unterschätzt dessen Wandlungsmöglichkeiten unter den prägenden Bedingungen unserer westlichen Kultur.

Das alles zeigt, dass „gegen die Islamisierung des Abendlandes“ aufzustehen sehr wohl ein wichtiges Motiv der PEGIDA-Anhänger ist. Doch zugleich wird klar, wie unzureichend dessen Erfassung mit einem Begriff wie „Islamfeindlichkeit“ ist. Im Wesentlichen geht es um die misslingende Begegnung einer areligiösen Gesellschaft mit einer noch nicht mumifizierten, sondern im Alltag fühlbare Gestaltungsansprüche erhebenden Religion.

4. Neid unter verschärften Konkurrenzbedingungen

Obendrein gehört zu den Tiefenschichten des PEGIDA-Phänomens tief empfundener, doch ungern eingestandener Neid. Er wuchs im Osten parallel zur Entwicklung der egalitären DDR-Gesellschaft hin zur auf Konkurrenz gebauten westlichen Gesellschaft. Im Westen findet er sein Gegenstück in der sozialen Spreizung unseres Landes zwischen kapitalistischen Globalisierungsgewinnern und solchen Arbeitnehmern, die – auch durch Einwanderung billiger Arbeitskräfte – zur Reallohnstagnation gezwungen wurden. Und obendrein treten nun immer mehr Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge als weitere Gruppe von Anspruchsträgern ins Ringen um mehr Gerechtigkeit und um sozialen Ausgleich.

Diese Konkurrenzlage wird einesteils verschärft durch rechtliche und ethische Überzeugungen dahingehend, dass Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge im Wesentlichen gemäß – wenn auch minimalen – deutschen Sozialstandards zu behandeln sind. Andernteils fällt der jetzige Anstieg der Zuwanderung in eine Zeit, da es zur erwarteten Staatspraxis geworden ist, dass die Haushalte von Bund und Ländern ausgeglichen zu sein haben. Also wird die Finanzierung von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen zum innerstaatlichen Nullsummenspiel: Was für Einwanderer ausgegeben wird, steht für andere Zwecke nicht zur Verfügung. Eben das nährt vielerlei Neid derer, die zum Steueraufkommen beitragen.

Zum PEGIDA-Phänomen gehört somit auch eine neue Spannungslinie in unserer

Gesellschaft: Zur Spannung zwischen „oben“ und „unten“ komme jetzt eine Spannung ganz unten hinzu, nämlich die zwischen den „kleinen Leuten“ hierzulande sowie den – wie sie auf Hartz IV-Niveau gestellten – Bürgerkriegsflüchtlingen, Asylbewerbern und Armutsmigranten. Existenzielle Bedrohungsgefühle werden auf diese Weise geweckt. Mancher Kitt, der die PEGIDA-Demonstranten verbindet, ist somit ein diffuses Gefühl des Zukurzkommens – sei es seit der Wiedervereinigung, sei es in der entstehenden Einwanderungsgesellschaft.

IV. Was tun?

Blickt man von diesen soziokulturellen Tiefenschichten her auf PEGIDA, so drängt sich die Vermutung auf, dass es sich dabei um ein in Ostdeutschland zwar besonders ausgeprägtes, doch auf die neuen Bundesländer durchaus nicht begrenztes Phänomen handelt. Es scheint eher so zu sein, dass der Osten, und zwar aufgrund seiner fragilen Umstände, einmal mehr als jene „Avantgarde“ fungiert, die – wie bei der Auflösung von gewerkschaftlich gesicherten Arbeitsbeziehungen oder bei der zunehmenden sozialen Bindungslosigkeit politischer Parteien – frühzeitig erkennen lässt, was bei Fortgang der laufenden Veränderungsprozesse wohl auch auf den Westen zukommen wird.

Das eine sind jene die realen Herausforderungen, von denen ich soeben gesprochen habe. Das andere ist der politisch-kulturelle Umgang mit jenen Diskursen, in denen solche Herausforderungen politisch wirksam thematisiert, perspektiviert und in legitimierbare Handlungsoptionen umgesetzt werden.

Diesbezüglich erkennen wir, dass viele sinnstiftende Großerzählungen unseres Landes unter Druck geraten sind, etwa jene vom vorteilhaften Wandel einer homogenen Volksgemeinschaft hin zu einer multikulturellen Gesellschaft. Bei der Frage, welche Narration weiterhin als selbstverständlich gelten darf, welche andere aber als gleichsam „häretisch“ behandelt werden soll, geht es letztlich um „kulturelle Hegemonie“ – und darum, wer sie besitzt bzw. gegen wen verteidigt. Nun steht freilich das PEGIDA-Phänomen quer zu wichtigen bundesrepublikanischen Großerzählungen – etwa zu jenen von der liberalen und rundum diskursoffenen pluralistischen Demokratie, von den Vorzügen einer multikulturellen Gesellschaft, vom partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Religion und Staat, vom soziale Gerechtigkeit in Aussicht stellenden

Wohlfahrtsstaat. Und eben weil es mit den etablierten Großerzählungen unseres Landes nicht so recht zu fassen war, löste das PEGIDA-Phänomen derart heftige, den konkreten Anlass so weit übersteigende Abwehrreaktionen aus.

Sie ermöglichten es wirklich nicht, mit PEGIDA zunächst diagnostisch und dann gleichsam therapeutisch zurechtzukommen. Denn kaum war – mit dem recht einstimmig von Politik und Medien vorgetragenen Hinweis auf unseren angeblich alternativlosen Umgang mit Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen – der konkrete Anlass der PEGIDA-Proteste aus dem Bereich akzeptabler Diskurse ausgegrenzt, tauchten gleich weitere Infragestellungen bisheriger bundesdeutscher Deutungsselbstverständlichkeiten auf: beim Verhältnis von repräsentativer zu plebiszitärer Demokratie, beim Spannungsfeld von europäischer Einigung und demokratisch beeinflussbarer Nationalstaatspolitik, sowie beim Interessenkonflikt zwischen westlicher Bündnispolitik und einer Appeasement-artigen Haltung gegenüber Russland.

Allein im Deutungsschema von „Ausländerhass“ oder „Islamfeindlichkeit“ ist das alles nicht zu verstehen, zu erklären oder gemeinwohldienlich handzuhaben. Weil aber gerade das versucht wurde, gelang es allenfalls, PEGIDA durch übermächtige Gegendemonstrationen (wie im Westen) oder durch Hochtreiben polizeilicher Transaktionskosten (wie in Leipzig) von den öffentlichen Plätzen zu verscheuchen. Doch verschwinden wird durch derlei Maßnahmen ganz gewiss nicht, was da im PEGIDA-Phänomen sichtbar geworden ist. Wenig wird es auch nutzen, bei vielerlei Pro-Demonstrationen, ihrerseits meist durch gute Musikbands über ihre konkrete Botschaften hinaus attraktiv gemacht, bloß die Werte unseres Gemeinwesens zu beschwören und die Großerzählungen unserer politischen Kultur Mal um Mal vorzutragen. Zu arbeiten wäre vielmehr an der Bewältigung jener realen Herausforderungen, die PEGIDA nicht geschaffen, sondern nur vor aller Augen geführt hat.